Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kraußold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 2.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 2. | Dienstag, den 4. Januar 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das endgültige Ergebnis der Urabstimmung der sächsischen Eisenbahner liegt nunmehr vor. Es haben sich 75 Prozent für den Streik erklärt. Die Beteiligung an der Abstimmung betrug 90 Prozent.

•

Bethmann-Hollweg hat den zweiten Band seiner Betrachtungen zum Weltkrieg, an dessen Vollendung er bis in die letzten Tage arbeitete, in den wesentlichen Teilen fertiggestellt.

•

Der bayrische Ministerpräsident begibt sich wegen der bayrischen Einwohnerwehr dieser Tage erneut nach Berlin.

•

Die Finanzverwaltung hat die von ihr bisher bearbeiteten Steuerakten Erzbergers an die Staatsanwaltschaft gegeben, die nunmehr die weitere Untersuchung führen wird.

Bethmann Hollweg †

Der fünfte Kanzler des Deutschen Reiches wird in der Geschichte als der erste deutsche Kanzler des Weltkrieges leben. Hinter seinen Bemühungen, dem Sinn seines Amtes gemäß auch im Kriege die Politik neben den rein militärischen Gesichtspunkten zur Geltung zu bringen, tritt alles, was er vorher geleistet oder nicht erreicht, zurück. Wir glauben, daß seine Politik während des Krieges nach innen und nach außen im wesentlichen auf das Richtige und Notwendige eingestellt war. Leider nur war sie zu schwach — nicht in dem Inhalten dessen, was sie erstrebte, aber in der Energie, mit der das Ziel verfolgt wurde. Seine Kriegsziele waren maßvoll, sein Urteil darüber, daß der Krieg eine Arbeiterfrage war, klar, und langsam zog er auch die Folgerungen daraus, aber zu langsam, um sich seine Gefolgschaft zu erhalten. Seine ersten Kriegsreden, wenigstens zum Teil, sind Zeugnisse einer politischen Beredsamkeit großen Stils. Er war aber alles andere als ein Demokrat. An Aeußerungen der Abneigung gegen demokratische Einrichtungen hat es in seinem politischen Leben nicht gefehlt. Aber er war ein Mensch, der aus großen Ereignissen zu lernen verstand, und es war nur sein Unglück, daß sein Wille nicht gleichen Schritt mit seiner Einsicht und auch mit seinem Gefühl halten konnte. So blieb er bis zuletzt in gewissem Grade Bürokrat, a Hofmann und selbst Militarist. Der Rhythmus seines Wesens paßte nicht für Zeiten weltgeschichtlicher Entscheidungen, und seit dem Umsturz vollends war der Typus Bethmann-Hollweg überholt.

Die letzten Stunden Bethmann-Hollwegs.

Der Tod des früheren Kanzlers von Bethmann-Hollweg ist eingetreten, nachdem sich sein Zustand in den beiden letzten Tagen ganz erheblich verschlimmert hatte. Noch am letzten Mittwoch veranstaltete der Kanzler, der das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familie verlebt hatte, seinen Gutsangestellten und Arbeitern ein Fest, dem er selbst beiwohnte und auf dem er sich offenbar die Krankheit, Grippe mit doppelseitiger Lungenentzündung, zugezogen hatte. Am nächsten Tage machte v. Bethmann-Hollweg noch seinen gewohnten täglichen Spaziergang in die weitere Umgebung Hohenfinows und legte sich am Freitag, da sich bei ihm ziemlich heftiges Fieber eingestellt hatte, zu Bett. Der behandelnde Arzt fand den Zustand so bedenklich, daß er Professor Lazarus aus Berlin berief, der jedoch nur feststellen konnte, daß wenig Hoffnung auf die Erhaltung des Lebens vorhanden war. Im Laufe des Sonnabends steigerte sich das Fieber, und der Patient verlor gegen Mittag das Bewußtsein. Da die Herztätigkeit immer mehr nachließ, versuchte man durch künstliche Belebung die Blutzirkulation zu heben, doch ohne Erfolg. Gegen 2 Uhr nacht setzte die Herztätigkeit aus und v. Bethmann-Hollweg verschied, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. An seinem Sterbelager weilte sein zweitältester Sohn, sowie die Schwester seiner verstorbenen Gattin, Frl. v. Pfuel Im Laufe des Sonntags wurden die Tochter des Herrn v. Bethmann-Hollweg, sowie Haus Doorn telegraphisch vom Ableben des ehemaligen Kanzlers benachrichtigt.

Beileidskundgebungen.

In Hohenfinow, wo die Leiche des ehemaligen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg aufgebahrt ist, langten gestern vormittag die ersten Beileidsschreiben und Telegramme an. Im Laufe der Nacht trafen die Tochter des Verstorbenen, Gräfin v. Zech, sowie die Schwester Herrn v. Bethmann-Hollwegs, Oberin des Diakonissenhauses Bethanien, im Trauerhause ein. Im Laufe des Tages wollte sich auch der Freund des ehemaligen Reichskanzlers, Staatssekretär a. D. Wahnschaffe, nach Hohenfinow begeben.

Der Reichspräsident hat an den Sohn des verstorbenen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg folgendes Telegramm gerichtet:

Mit dem Gefühl lebhaftester Trauer erhalte ich soeben die Nachricht von dem unerwarteten Ableben Ihres von mir sehr geschätzten Vaters, und bitte Sie und Ihre Angehörigen, die Versicherung meiner aufrichtigsten und herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen. Reichspräsident Ebert.

Der Reichskanzler hat an den Sohn des verstorbenen Herrn v. Bethmann-Hollweg folgendes Beileidstelegramm gesandt:

Die unerwartete Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters hat mich auf das schmerzlichste betroffen. In dem Verstorbenen habe ich einen Mann von ausgezeichneten Eigenschaften verehrt, dessen ganzes Denken und Wirken in langer amtlicher Laufbahn dem Dienste seines Volkes gewidmet war. Ihnen und den Ihrigen möge es zum Troste dienen, daß alle, die Ihrem Herrn Vater nahestanden und einen Einblick in seine staatsmännische Tätigkeit gewonnen haben, sein Andenken, ungetrübt durch Parteimeinungen, in hohen Ehren halten werden. Fehrenbach.

Aeußerungen der Presse.

Die wenigen jetzt erscheinenden Berliner Montagsblätter widmen Bethmann-Hollweg Nachrufe, die je nach der Stellung der Blätter sich über ihn als Staatsmann verschieden äußern. Während der Berl. Lokalanzeiger die menschlich ansprechenden Eigenschaften des Verstorbenen würdigt, politisch aber an seiner Wirksamkeit ablehnende Kritik übt, schreibt Morgenpost auch der schärfste Gegner Bethmanns werde nicht bestreiten, daß er ehrlich gearbeitet und das politische Leben in Deutschland auf eine höhere Stufe gebracht hat. Nur ein ganz außergewöhnlich tüchtiger, ja genialer Staatsmann hätte die tausend Schwierigkeiten, die der Weltkrieg aufwarf, meistern können; ein Staatsmann von so ungeheurem Maß sei Bethmann nicht gewesen wohl aber habe er Fähigkeiten und Eigenschaften besessen, die nicht alltäglich seien. Die Deutsche Allgemeine Zeitung und die Germania äußern ihren Standpunkt dahin, wir hätten noch nicht die nötige Distanz gewonnen zu den erschütternden Ereignissen der letzten Jahre, die notwendig sei für eine ruhige und objektive Würdigung der bedeutenden Persönlichkeit, die jetzt verstorben ist. Kein Zweifel, meint die Deutsche Allgemeine Zeitung, daß die Angriffe, die von fanatischen Gegnern gegen Bethmann erhoben wurden weit über das Ziel hinausschießen. Wahr aber ist, daß die Mängel, die seiner Persönlichkeit anhafteten, verhängnisvoll wurden für ihn, für das Vaterland und für uns alle. Der Vorwärts führt aus, daß Bethmanns auswärtige Politik friedliebend war. Der Nachfolger Bülows hatte eine schwere Erbschaft übernommen. Er arbeitete zunächst an einer Verbesserung der Beziehungen zu England. Aber auch eine Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich lag in seiner Absicht. So darf man glauben, daß in dem kritischen Juli 1914 kein Staatsmann den Weltkrieg weniger gewollt hat als Bethmann.

•

Dr. Theobald v. Bethmann-Hollweg ist 64 Jahre alt geworden. Er wurde am 29. November 1856 auf dem alten Stammgut seines Hauses Hohenfinow bei Eberswalde geboren, besuchte die Landesschule Pforta und studierte dann in den Jahren 1875 bis 79 in Straßburg, Leipzig und Berlin die Rechte, worauf er 1879 Kammergerichtsreferendar wurde. Nach drei Jahren ging er zur Verwaltung über, wurde 1885 Assessor in Potsdam, 1886 Landrat in Ober-Barnim und wurde 1890 für kurze Zeit Mitglied des Reichstages. Im Jahre 1896 wurde er Oberpräsidialrat in Potsdam, 1899 Regierungspräsident in Bromberg und drei Monate später Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Sein weiterer Aufstieg brachte ihn im Jahre 1905 auf den Ministersessel für Inneres in Preußen. Aus diesem Ministerium schied er bereits 1907, um Reichsstaatssekretär des Innern und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums zu werden. Nach dem Sturz Bülows zog er am 14. Juli 1909 in das Reichskanzlerpalais, das er neun Jahre lang bewohnte. Militärisch hat er es im Jahre 1911 zum Generalmajor und 1912 zum Generalleutnant gebracht. Vermählt war er seit 1889 mit Martha Elisa v. Pfuel. Der Ehe sind drei Kinder entsprossen, und zwar zwei Söhne, August Friedrich und August Felix, und eine Tochter, Isa.

Eine Note nach der anderen.

Deutschland hat das Menschenmögliche getan.

In der am 31. Dezember dem deutschen Botschafter in Paris überreichte französische Note werden eine Reihe von Punkten aufgezählt, in welchen Deutschland gegen den Versailler Vertrag und das Abkommen von Spa verstoßen haben soll. Die deutsche Antwort auf diese Note ist der französischen Botschaft in Berlin übersandt worden. Darin wird Punkt für Punkt nachgewiesen, daß entweder, entgegen den Angaben der französischen Note, Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe, oder aber, daß in einzelnen Punkten die genaue Erfüllung nicht möglich gewesen sei. Am Schluß der deutschen Note heißt es: Gegenüber den von den Kontrollkommissionen hervorgehobenen Fällen, wo Deutschland wirklich oder vermeintlich hinter den Anforderungen des Protokolls von Spa zurückgeblieben ist, weist die deutsche Regierung darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung dieses Protokolls geleistet worden ist. Die deutsche Regierung wird mit aller Kraft bemüht sein, den übernommenen Verpflichtungen vollends zu genügen. Das Ziel, Deutschland wehrlos zu machen, welches die alliierten Regierungen mit dem Vertrag von Versailles verfolgten, ist tatsächlich schon erreicht. Die deutsche Regierung möchte nicht annehmen, daß in dem Protokoll von Spa Unmögliches von Deutschland verlangt werden sollte. Die buchstäbliche Erfüllung war unmöglich. Das Mögliche ist geschehen. Wenn Frankreich in der Note vom 31. Dezember feststellt, daß die Zusagen von Spa nicht strikt erfüllt worden seien, so erinnert die deutsche Regierung daran, daß nach den eigenen Worten der Alliierten geprüft werden soll, ob sie loyal den Bestimmungen nachkommt. Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat.

Die bockbeinige Botschafterkonferenz.

Eine Note über die Seebefestigung.

Der deutschen Friedensdelegation in Paris ist als Antwort auf die Note vom 4. Dezember, worin die deutsche Regierung sich gegen die Entscheidung der interalliierten Militärkontrollkommission über die Werke und die Bestückung der Plätze wendet, welche Deutschland nach Artikel 196 des Vertrages von Versailles an der Nordseeküste unterhalten darf, am 31. Dezember eine Note der Botschafterkonferenz zugegangen welche zu folgenden Schlüssen kommt: Die Konferenz hat beschlossen, die Entscheidungen der Kontrollkommission unverändert aufrechtzuerhalten. Die alliierten Mächte erwarten, daß unter diesen Umständen die deutsche Regierung sich nicht länger der Ausführung einer Entscheidung widersetzen wird, welche nur die genaue Anwendung einer der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages darstellt.

Hierzu bemerkt W. T. B. u. a.: In ihrer Note vom 4. Dezember hatte die deutsche Regierung sich auf den Wortlaut des Artikels 196 des Friedensvertrages berufen, wonach alle befestigten Werke und Anlagen und festen Seeplätze der Nordseeküste als zur Verteidigung bestimmt gelten und in ihrem gegenwärtigen Zustand, dem Zustand am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages, verbleiben dürfen. Da die interalliierte Militärkontrollkommission in der Beweglichkeit einzelner Geschütze den Grund der Ablehnung sehen zu müssen glaubte, hatte sich die deutsche Regierung überdies bereit erklärt, einzelne dieser Geschütze fest einzubauen, um dadurch diesen Grund zur Ablehnung zu beseitigen.

Das Verbot der Luftpolizei.

Die Botschafterkonferenz hat am 31 Dezember folgende Note an die deutsche Friedensdelegation in Paris gerichtet: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note übersandt, in welcher die deutsche Regierung erklärt, an der Ansicht festhalten zu müssen, daß eine Ausstattung der Polizei mit Luftfahrtgerät weder gegen den Vertrag von Versailles noch gegen die Abmachungen von Spa verstoßen würde. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage nur in aller Form ihre früheren Entscheidungen aufrechterhalten kann. Das Bestehen einer Luftpolizei steht offenbar im Widerspruch zu Artikel 198 des Vertrages und die Bildung von Ausbildungsgeschwadern für die Polizei würde dem Absatz 3 des Artikels 162 direkt zuwiderlaufen. Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei Erteilung der Genehmigung zu einer Vermehrung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, welche ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über diese Bewaffnung getroffen, eine Ausstattung mit Flugzeugen ist dabei nicht vorgesehen. Die Konferenz sieht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzuordnen.

Zur Reichseinkommensteuer.

Wir kommen nochmals auf die Novelle zum Einkommensteuergesetz zurück, die jetzt dem Reichstage vorliegt. Sie macht bekanntlich den Versuch, die sog. doppelte Besteuerung des Jahres 1921 zu beseitigen. Dieser Ausdruck ist ja nicht ganz zutreffend. Das Einkommen des Jahres 1920 soll nach dem jetzigen Gesetz nur zweimal als Bemessungsgrundlage verwendet werden. Und zwar zunächst für die Besteuerung des Jahres 1920 selbst und sodann, der gesetzlichen Regel entsprechend, als Bemessungsgrundlage für 1921. Diese doppelte Heranziehung des Jahres 1920 würde im einzelnen Falle allerdings verhängnisvoll wirken können. Dann nämlich, wenn das Einkommen des Jahres 1920 ein besonders hohes gewesen sein sollte, namentlich im Vergleich mit dem etwa geringeren Einkommen aus 1921. In der Tat dürfte vielfach das Jahr 1920 ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen sein, wogegen das Jahr 1921 einen Rückschlag bringen könnte. Ein Steuerzahler, der sich in solcher Lage befände, würde dann trotzdem im Jahre 1921 eine Einkommensteuer zu bezahlen haben, die nach dem hohen Einkommen des Jahres 1920 zu bemessen wäre.

Die Reichsregierung macht nun den Versuch, diesem Uebelstande durch die jetzt vorliegende Novelle abzuhelfen. In der Begründung wird zugegeben: das einzige, wirklich durchgreifende Heilmittel würde sein, wenn